

## Jahresbericht 2016

### I. Schwerpunkte

#### *Durchsetzungsinitiative*

Im Jahresbericht 2015 hielten wir unsere Mitwirkung an den Bemühungen fest, Widerstand gegen die Durchsetzungsinitiative (DSI) aufzubauen. Kreative, unermüdlich kämpfende Nachwuchskräfte (Operation Libero), erfahrene Bürgerinnen und Bürger (Dringender Aufruf), Parteikader, Teile der Privatwirtschaft (succèsSuisse), spontan gebildete Kleingruppen und viele Einzelpersonen erzielten mit einer einzigartigen Gemeinschaftsleistung, an der auch Unser Recht initiativ mitwirkte, einen überraschend grossen Erfolg: Am 28. Februar wurde die DSI mit 58,9 Prozent Neinstimmen abgelehnt (Standesstimmen: 18,5 Nein, 4,5 Ja). Die Stimmbeteiligung betrug 63,1 %.

#### *Revision des Asylgesetzes*

Das Nein zur DSI wurde zur Ermutigung, aber auch zur Verpflichtung: Vor kommenden Abstimmungen erlaubt er keine Resignation, keine Ausrede mehr, man habe ja doch nur eine geringe Chance. Allerdings war nicht selbstverständlich, dass eine so ausserordentliche Anstrengung wiederholt werden konnte. Der nächste Test war die Abstimmung über die Revision des Asylgesetzes für beschleunigte Asylverfahren. Die SVP hatte das Referendum ergriffen und führte ihre Kampagne vor allem gegen „Gratisanwälte“ und gegen ein Enteignungsrecht für die Errichtung von Asylunterkünften. Andererseits wandten sich die Demokratischen Juristinnen und Juristen Zürich gegen die ihrer Ansicht nach ungenügende Unabhängigkeit der vorgesehenen Rechtsvertreter und gegen die Verkürzung der Beschwerdefrist gegen negative Asylentscheide auf 10 Tage. Am 5. Juni wurde die Revision mit 66,8 % Ja-Stimmen angenommen. Zwischen 29. Februar und 26. Mai verbreitete „Unser Recht“ 12 Beiträge zu dieser Vorlage.

#### *Aktueller Schwerpunkt Volksinitiative „Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)“*

Am 12. August 2016 reichte die SVP ihre Volksinitiative „Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)“ mit 116'428 gültigen Unterschriften ein. Seit Ankündigung dieser Initiative setzt sich „Unser Recht“ über zahlreiche Beiträge mit Informationen und Argumenten gegen diese Vorlage ein. Breite Kreise und insbesondere die Akteure aus dem Abstimmungskampf gegen die DSI haben sich schon gut auf den Abstimmungskampf vorbereitet, mit denen „Unser Recht“ im ständigen Austausch steht.

Da die Initiative nicht nur die Geltung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und die Verbindlichkeit der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) in Strassburg bedroht, sondern auch internationales Recht, das für die

Wirtschaftsbeziehungen von unmittelbarer Bedeutung ist, wird sich diesmal – anders als bei der Durchsetzungsinitiative – auch Economiesuisse, der Dachverband der Privatwirtschaft, an der Ablehnungskampagne beteiligen. Dies bestätigt ein Auszug aus einer Stellungnahme von Economiesuisse:

*„Mit dieser Initiative greift die SVP frontal die Interessen der Wirtschaft an, denn sie gefährdet die starke Vernetzung der Schweiz mit der Weltwirtschaft und die Teilnahme unseres Landes am europäischen Binnenmarkt. Eine Annahme der Vorlage würde sich auf Hunderte bestehende Wirtschaftsabkommen auswirken und zu einer anhaltenden Rechtsunsicherheit führen.“*

(„Unser Recht“-Newsletter vom 15.8.16: <http://www.unser-recht.ch/2016/08/15/economiesuisse-antivoelkerrechtinitiative-frontalangriff-auf-interessen-der-wirtschaft/>)

*Weitere wichtige Themen anhand ausgewählter Beiträge bei [www.Unser-Recht.ch](http://www.Unser-Recht.ch)*

- Kooperation mit Eritrea nicht ohne Menschenrechte (17.2.)
- Vorrang des Völkerrechts: Kein Alleingang einer Abteilung des Bundesgerichts (21.2.)
- Nach Nein zur DSI: Praxisverschärfung – EMRK-konform? (29.2.)
- Staatsvertragsreferendum: Auch Ständerat stimmt Motion Caroni zu (29.2.)
- Zur aktuellen Verjährungsdiskussion: Drei Hauptgründe für die Verjährung (14.3.)
- Strafvollzug unter Nullrisiko-Druck – Interview mit Thomas Manhart (4.4.)
- „Imame ausbilden in der Schweiz: Ja – aber wie?“ (18.4.)
- Menschenrechtsschutz für vulnerable, alte, demente Menschen (29.4.)
- Menschenrechte sind für Minderheiten besonders wichtig (13.5.)
- Strafverfolgung und Prävention: Heiligt der Zweck die Mittel? (26.5.)
- Botschaft zur Umsetzung der Pädophilen-Initiative (3.6.)
- SVP-Kreise lancieren KESB-Initiative (20.6.)
- Auf steinigem Weg zur Nationalen Menschenrechts-Institution (30.6.)
- Terrorbekämpfung: Ein Vorschlag für härtere Strafen (8.8.)
- „Die Untersuchungshaft – ein düsteres Kapitel“ (11.9.)
- Medienfreiheit in der Schweiz – durch „Strassburg“ gestärkt (11.9.)
- Zugang zu Urteilen gewährleisten (11.9.)
- Ab 1.10.16 wird die Ausschaffungsinitiative umgesetzt (23.9.)
- Nationale Menschenrechts-Institution: Ein Tipp zur Vorbereitung der Debatte (23.9.)
- Mehr demokratische Legitimität für Staatsverträge? (20.10.)
- Soll die Schweiz zum bevorzugten Tummelplatz von Neonazis werden? (20.10.)
- Wann und durch den könnte ein Moscheeverein verboten werden? (29.10.16)
- „Schutzfaktor M“ erklärt tagesaktuell neue Strassburger Urteile (29.10.)
- Weniger Respekt vor humanitärem Völkerrecht – Signatarstaat Schweiz ist gefordert (6.12.)
- Nur dank „Strassburg“: Hilfe und Entschädigung für Asbest-Opfer (20.12.)

## **II. Vereinsentwicklung**

*Mitgliederversammlung und Jahreskonferenz 2016*

Die ordentliche Mitgliederversammlung des Vereins „Unser Recht“, gefolgt von der öffentlichen Jahreskonferenz, fand am Donnerstag, 23. Juni, in Bern statt. Sie musste vom

Rücktritt von alt Nationalrätin *Martine Brunschwig Graf*, Präsidentin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR), aus dem Vorstand Kenntnis nehmen. 2012 war sie in den Vorstand gewählt worden. An der Jahresversammlung 2013 hielt sie das Hauptreferat über die Bekämpfung des Rassismus als gesellschaftliche und politische Aufgabe. Der Präsident verdankte herzlich ihre Verdienste.

Die Mitgliederversammlung konnte zwei neue Vorstandsmitglieder wählen: Nationalrat *Beat Flach*, MLaw, und Dr. iur. *Fanny de Weck*.

Im politischen Teil gab *Beat Flach* den Überblick über das aktuelle Geschehen. Es folgte eine Lage- und Strategiediskussion. *Regina Meier*, lic. iur., verfasste wiederum den Konferenzbericht.

### *Mitgliedschaft*

Der Verein „Unser Recht“ hat 199 Einzelmitglieder (Vorjahr: 195) und 3 (Vorjahr: 3) Kollektivmitglieder. (Stichtag Redaktionsschluss des Jahresberichts.)

### *Informationsarbeit*

„Unser Recht“ verbreitete 181 Texte mit dem E-Mail-Newsletter und auf der Homepage. 456 Personen (Vorjahr 429) haben den Newsletter abonniert. 787 (Vorjahr: 675) Personen werden tagesaktuell über die Facebook-Seite informiert. (Stichtag: Redaktionsschluss des Jahresberichts.)

Im Berichtsjahr eröffnete „Unser Recht“ auch einen Twitter-Account. Bei Redaktionsschluss haben wir 295 Followers.

*Ulrich E. Gut, Präsident des Vereins „Unser Recht“*